

Europäisches Parlament gegen Kürzungen bei Investitionen in EU-Regionen

Utl.: Förderumfang beibehalten, keine Bindung an makroökonomische Ziele =

Wien (OTS) - Das Europäische Parlament beschloss vereinfachte Regeln für Investitionen in alle EU-Regionen in der Förderperiode 2021-2027 und stimmt gegen die Aussetzung von Regionalförderungen, abhängig von den nationalen wirtschaftlichen Zielen.

Die neuen Regeln wurden vom Plenum des Europäischen Parlaments am Mittwoch mit 460 zu 170 Stimmen bei 47 Enthaltungen beschlossen. Die übergreifenden Regeln für die EU-Regional-, Kohäsions- und Sozialausgaben zwischen den Jahren 2021 und 2027 sind entscheidend für die fortlaufenden Investitionen in Regionen und Gemeinden und verstärken die Unterstützung für weniger entwickelte Regionen.

Finanzierungsniveaus

Die Abgeordneten sind überzeugt, dass das gegenwärtige Finanzierungsniveau von 378,1 Milliarden Euro (in Preisen von 2018) für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 beibehalten werden soll. Weniger entwickelte Regionen werden weiterhin von substanzieller EU-Unterstützung profitieren, mit Kofinanzierungsraten von bis zu 85 Prozent (zum Vergleich: die Kommission schlägt 70 Prozent vor) und einem Anteil von 61,6 Prozent am Fonds für Regionale Entwicklung, dem Sozial- sowie dem Kohäsionsfonds. Die Kofinanzierungsraten für Übergangsregionen, wie dem Burgenland, und stärker entwickelten Regionen wurden auf 65 bzw. 50 Prozent erhöht. 1,6 Milliarden Euro (0,4 Prozent) sollen für die Gebiete in äußerster Randlage beiseitegelegt werden.

Übergeordnete Prinzipien

Die gemeinsamen Regeln setzen verstärkt auf Gesamtziele der EU-Politik, wie

~

- * Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Stärkung von kleineren und mittleren Unternehmen
- * Priorität für Energieeffizienz

- * Umweltschutz und Kampf gegen den Klimawandel
- * Förderung von intelligenter und nachhaltiger Mobilität
- * Respekt für Grundrechte, Gleichstellung der Geschlechter und Vorbeugung gegen jede Art der Diskriminierung

~

Zitate

Ko-Berichterstatterin Constanze Krehl (S&D, DE) sagt: „Das Parlament unterstützt die Vereinfachungsprinzipien und bringt mit den Partnerschaftsabkommen alle Partner in der EU-Kohäsionspolitik mit an Bord. Aber EU-Regionalförderungen an makroökonomische Bedingungen zu knüpfen, wie es die Kommission vorgeschlagen hat, würde bedeuten, dass regionale Behörden für die Entscheidungen der nationalen Regierungen bestraft werden. Das Parlament hat diese Bestimmung deshalb abgelehnt.“

Ko-Berichterstatter Andrei Novakov (EVP, BG) betont: „Alle profitieren von der EU-Kohäsionspolitik, weil sie uns zusammenführt. Es gibt nur eine Kategorie von Europäern: Die Netto-Gewinner. Wir sind sehr glücklich den engen legislativen Zeitplan eingehalten zu haben und sind nun bereit, umgehend die Verhandlungen mit dem Rat zu beginnen.“

Nächste Schritte

Das Europäische Parlament ist bereit für die Verhandlungen mit den EU-MinisterInnen.

Hintergrund

Die Gemeinsamen Bestimmungen werden für den Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Sozialfonds (ESF), den Kohäsionsfonds und den Meeres- und Fischereifonds (EMFF), gelten sowie für den Asyl- und Migrationsfonds (AMF), den Fonds für innere Sicherheit (ISF) und das Instrument für Grenzmanagement und Visa für den Förderzeitraum 2021 bis 2027 neue Finanzierungsregeln setzen. Um die Synergien zwischen den Fonds zu stärken, beabsichtigt der Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) auch den Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung (ELER) unter die Gemeinsamen Bestimmungen zu bringen. Die betroffenen Fördertöpfe decken rund ein Drittel des gesamten Budgets der Europäischen Union ab.

Kohäsionsmittel für Österreich

Der Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 sieht Investitionen in Höhe von 1,235 Milliarden Euro (zu laufenden Preisen) an Kohäsionsmitteln für Österreich vor. 906,1 Millionen Euro gehen davon an stärker entwickelte Regionen (alle Bundesländer außer dem Burgenland). Das Burgenland als einzige Übergangsregion des Landes erhält 72,3 Millionen Euro. Für die Territorialen Zusammenarbeit kommen zusätzlich 257,3 Millionen Euro.

Diese Mittel kommen mit 442,1 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und mit 792,9 Millionen Euro aus dem Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Nicht berücksichtigt sind diesem Zusammenhang die Förderungen für Landwirtschaft und Fischerei.

Weitere Informationen

Der angenommene Text wird in Kürze hier verfügbar sein:

[<http://www.europarl.europa.eu/plenary/en/texts-adopted.html?action=3&tabActif=tabResult>]

(<http://www.europarl.europa.eu/plenary/en/texts-adopted.html?action=3&tabActif=tabResult>)

Pressekonferenz vom 13.02.2019:

[<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/fr/other-events/video?event=20190213-1500-SPECIAL2>]

(<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/fr/other-events/video?event=20190213-1500-SPECIAL2>)

Ausschuss für Regionale Entwicklung

[<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/regi/home.html>]

(<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/regi/home.html>)

Kostenlose Bilder, Video- und Audiomaterial:

[<https://multimedia.europarl.europa.eu/de/home>]

(<https://multimedia.europarl.europa.eu/de/home>)

Das tut die EU für mich: [<https://das-tut-die-eu-fur-mich.eu>]

(<https://das-tut-die-eu-fur-mich.eu>)

~

Rückfragehinweis:

Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments

Bernhard Schinwald, Pressereferent

+43 1 516 17 211

bernhard.schinwald@ep.europa.eu

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/113/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0190 2019-02-13/15:53

131553 Feb 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190213_OT0190